

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderats, geschätzte Vertreter der lokalen Presse, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

der erste Haushalt, den ich in dieses Gremium einbrachte, war der für das Jahr 2020.

Damals – vor sechs Jahren - hatte ich mir für die Vorlage meines ersten Haushalts kein schlechteres Ergebnis vorstellen können. Denn ich musste Ihnen schon eingangs sagen, dass die Eckwerte des Haushalts leider wenig Anlass zur Zufriedenheit geben.

Das mit der Einführung der kommunalen Doppik verfolgte Ziel, den Ressourcenverbrauch zu erwirtschaften, wurde seinerseits deutlich verfehlt. Das ordentliche Ergebnis 2020 schloss mit einem Fehlbetrag von 7,1 Mio. Euro ab. Der Haushaltsplanentwurf ist – so meine damaligen Worte - nach unserer Einschätzung damit hart an der Grenze der Genehmigungsfähigkeit unterwegs. Von einer ausreichenden Ertragskraft des Ergebnishaushalts konnte somit keine Rede sein!

Und wo stehen wir heute?

Hatten wir für 2026 in der Mittelfristigen Finanzplanung im Haushaltsplan 2025 mit einem negativen ordentlichen Ergebnis von 11 Mio. Euro gerechnet, lagen wir nach Abschluss der internen Arbeiten auf Basis der angemeldeten Ansätze vor wenigen Wochen bei einem Fehlbetrag von etwas mehr als 22 Mio. Euro. Das ist wahrhaftig 11 Mio. Euro schlechter und das trotz von mir eingeforderter strenger Ausgabendisziplin.

Mit Blick auf meinen ersten Haushalt wäre ich froh, ich könnte Ihnen heute einen ähnlich schlechten Haushalt wie damals vorlegen. Trotz der von mir vorgenommenen weiteren massiven Reduzierungen landen wir bei einem Fehlbetrag von gut 17 Mio. Euro - und liegen damit noch immer um satte 10 Mio. Euro über dem damaligen Planwert.

Der wahrscheinlich einzig positive Aspekt: Wir können für das Haushaltsjahr 2026 ohne neue Kreditaufnahmen planen.

Unsere nach wie vor hohe Liquidität gestattet uns, das - trotz großer Einschnitte - immer noch sehr anspruchsvolle Investitionsprogramm aus eigener Kraft zu stemmen. Da wir gleichzeitig unseren Tilgungsverpflichtungen nachkommen, bauen wir im nächsten Jahr sogar noch einmal die Verschuldung weiter ab.

Das war's dann aber schon mit positiven Nachrichten zum Haushaltsplanentwurf 2026.

Da hilft es uns ehrlich gesagt auch wenig, wenn es den meisten Städten und Gemeinden im Land ähnlich oder sogar zum Teil noch schlechter geht. Die Schere zwischen der Finanzausstattung und der Erfüllung von Aufgaben geht bei allen Kommunen immer weiter auseinander. Selbst Städte, die bislang keine Probleme mit ihren Haushalten hatten, sind inzwischen in der Bredouille. Die wirtschaftliche Durststrecke fordert ihren Tribut. Inzwischen trifft es zu viele Unternehmensbereiche. So können die Steuereinnahmen bei weitem nicht mehr mit den Ausgabesteigerungen Schritt halten und das leider nachhaltig.

Vor diesem Szenario hatte ich bereits mehrfach gewarnt.

Nun müssen wir uns diesen veränderten Rahmenbedingungen stellen. Das tut weh, das kann ich Ihnen versprechen. Jedoch haben wir keine andere Wahl. Tun wir das nicht, riskieren wir die Genehmigung unseres Haushalts, so wie es anderen Städten schon erging. Dann haben wir nicht nur die doppelte Arbeit, sondern verlieren darüber hinaus auch wertvolle Zeit. Denn dann geht in einer verlängerten Interimswirtschaft erst einmal nur das aller Nötigste und das wäre deutlich weniger, als wenn wir das Heft des Handelns selbst in Hand nehmen. Und gerade neue bzw. noch nicht angefangene Maßnahmen könnten wir uns dann erst einmal abschränken.

Ich kann auch nur davor warnen, alles rosig zu malen – es wird bald schon wieder bessere Zeiten geben. Das war schließlich schon immer so, warum soll es diesmal anders sein....

Meine Damen und Herren, auch ich hoffe, dass es bald wieder bessere Zeiten gibt. Jedoch sprechen alle Vorzeichen eine deutlich andere Sprache. Daran ändern auch die - auf den ersten Blick - positiven Ergebnisse der Oktobersteuerschätzung nichts.

Die Einnahmen der Städte und Gemeinden steigen demnach voraussichtlich im Jahr 2025 um 2,8 Prozent auf 149,9 Mrd. Euro, im Jahr 2026 um 4,2 Prozent. In den Folgejahren liegt das Steuerwachstum in der Größenordnung von 3,4 bis 4,4 Prozent. Die Zuwachsrate der Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden entspricht dem sogenannten BIP-Deflator, der im Jahr 2025 voraussichtlich ebenfalls bei 2,8 liegen wird. Das bedeutet nichts anderes, als dass das Preisniveau der im Inland produzierten Güter stärker gestiegen ist als noch im Frühjahr angenommen.

Im Vergleich zur Schätzung aus dem Mai 2025 liegen die erwarteten Einnahmen im Jahr 2025 für die Städte und Gemeinden trotz weitgehend identischer realer Wachstumsraten, aufgrund geänderter Inflationswartungen, 1,8 Mrd. Euro höher als bislang prognostiziert. Im darauffolgenden Jahr liegen sie 2,3 Mrd. Euro höher als im Mai 2025 prognostiziert.

Der Deutsche Städtetag hat Recht, wenn er warnt:

„Wie bereits seit 2 Jahren gilt: Das Ergebnis dieser Steuerschätzung zeigt eine unbefriedigende Entwicklung. Sie ist die direkte Folge des enttäuschenden Verlaufs der wirtschaftlichen Entwicklung. Vielmehr macht die Steuerschätzung offensichtlich, dass zumindest auf die mittlere Frist eine Linderung der kommunalen Finanzkrise nicht durch wachstumsbedingte Steuermehreinnahmen erfolgen wird.“

Für das Land Baden-Württemberg bringt die Steuerschätzung Steuermehreinnahmen von gut 1,5 Mrd. Euro gegenüber dem Haushaltsansatz. Für die Kommunen sieht die Steuerschätzung dagegen Mindereinnahmen von 526 Mio. Euro in diesem Jahr und 630 Mio. Euro im nächsten Jahr vor. Der Grund hierfür ist vor allem der teilweise erhebliche Einbruch bei der Gewerbesteuer.

Das einzig Gute daran ist, dass durch die Mehreinnahmen beim Land die bereits zugesagte zusätzliche Unterstützung der Kommunen nun auch finanziell gesichert ist. Angesichts der schwierigen Lage der Kommunen ist das auch dringend nötig. Auch Finanzminister Dr. Bayaz sieht in der Steuerschätzung keine Trendumkehr, „eine Schwalbe macht noch lange keinen Sommer. Die wirtschaftliche Lage bleibt weiterhin extrem angespannt.“

In welcher Größenordnung wir einmalig in 2026 tatsächlich entlastet werden, wird sich voraussichtlich noch im November zeigen. Diese werden wir Ihnen mit der Änderungsliste präsentieren.

Entlastung hin oder her, wie wir alle wissen, bestehen große Abwärtsrisiken für die unterstellte Entwicklung vor allem mit Blick auf die Entwicklung der globalen handels- und geopolitischen Konflikte und ihrer Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft. Hierzu passen auch die Berichterstattungen in der Presse in den vergangenen Tagen. Lediglich zwei Auszüge:

In der WN vom 22. Oktober 2025 war als Überschrift im Artikel von Tatjana Junker zu lesen: „Regionale Wirtschaft kommt nicht aus Stimmungstief“. Etwas salopper, aber nicht weniger einprägsam fällt ihr Eingangs-Frage-Satz aus, der die Stimmung aktuell so zusammenfasst: „Von der Frühjahrsmüdigkeit ungebremst in die Herbstdepression?“. Als „kraftlos und schwach“ beschreibt Axel Nitschke, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar, in diesem Artikel die konjunkturelle Lage, als er die jüngste Umfrage der Kammer dazu vorstellte. Enttäuschte Erwartungen an die Bundesregierung und ein schleppendes Exportgeschäft prägen die Herbstumfrage, an der 344 Unternehmen aus dem IHK-Bezirk teilgenommen haben.

„Ifo-Chef schlägt Alarm“ lautet eine weitere Schlagzeile. Der Chef des Münchener Ifo-Instituts Clemens Fuest hat vor einem weiteren Verfall der deutschen Wirtschaft gewarnt. „Deutschland befindet sich seit Jahren in einem wirtschaftlichen Niedergang. Die Lage ist mittlerweile dramatisch. Während die staatlichen Aufgaben immer weiter steigen, sinken die privaten Investitionen. Damit ist Deutschlands Wohlstand akut in Gefahr, denn weniger private Investitionen bedeuten mittelfristig weniger Wachstum, weniger Steuereinnahmen und damit auch weniger Geld für staatliche Leistungen.“

Das Stichwort „Geld für staatliche Leistungen“ nehme ich an dieser Stelle gerne auf. Denn dabei handelt es sich um eine weitere große Komponente, wenn es um die Sicherstellung der Handlungsfähigkeit des Staates geht.

Die in den letzten Jahren explosionsartig steigenden Kosten im Sozialbereich schreien in meinen Augen nach einer Reform des Sozialstaats. Statt mehr Eigenverantwortlichkeit hat eine Art Vollkasko-Mentalität bei uns in Deutschland Einzug gehalten, getreu dem Motto - der Staat wird es schon richten.

Meine Damen und Herren, so kann und darf es nicht weitergehen. Die Reform des Sozialstaates muss Antworten darauf geben, wie staatliche Leistungen langfristig gesichert werden und auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten tragfähig bleiben. Ein verantwortlicher Staat darf nicht weiter über seine Verhältnisse leben.

Viele reden immer und immer wieder von notwendigem Bürokratieabbau. In diesem Kontext reicht es nach meinem Dafürhalten auch nicht, Verfahren zu optimieren. Es braucht vielmehr eine Rückbesinnung auf die Kernaufgaben des Staates und die Bereitschaft, auch einmal unbequeme Entscheidungen zu treffen - sonst werden uns die Entscheidungen irgendwann einmal abgenommen.

Wir brauchen einen Aufgabenverzicht, müssen Standards nicht nur hinterfragen, sondern herabsetzen. Statt stetig steigendem Anspruchsdenken müssen wir hin zu mehr

Mitwirkungspflichten im Sozialstaat. Nur dann kann unser Gemeinwesen auch zukunftsfähig bleiben.

Auch für uns in Weinheim bedeutet das ein grundsätzliches Umdenken – und das ab sofort. Ich habe daher auch in den letzten Wochen immer wieder deutlich gemacht, dass es ein Weiter so nicht geben darf.

Bei einem Minus von über 17 Mio. Euro zum dritten Mal in Folge spricht sicherlich keiner mehr über eine ausreichende Ertragskraft des Haushalts. Schon ein nicht ausgeglichener Ergebnishaushalt weist darauf hin, dass die Kommune nicht genügend Leistungskraft besitzt, um die Ressourcen auszugleichen, die für ein Erhalten des gegenwärtigen Leistungsstandards erforderlich sind. Wenn wiederholt zweistellige Millionenbeträge fehlen, ist es - meine Damen und Herren - höchste Eisenbahn, dagegen zu steuern.

Mit Blick auf unsere Finanzplanung wird unsere angesammelte Liquidität irgendwann einmal nicht mehr vorhanden sein. Und das wird schneller der Fall sein, als wir es uns wünschen. Kassenkredite werden dann die Folge sein, um den laufenden Betrieb bezahlen zu können. Investitionskredite für jede noch so kleine Investition werden die Regel werden und die Zinsbelastungen werden wieder alte Höhen erreichen und unseren Handlungsspielraum zusätzlich einschränken.

Das alles verlangt eine kommunalpolitische Kraftanstrengung, die erfordert, die Konsolidierungsziele nicht nur den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sondern auch den Bürgerinnen und Bürgern verständlich zu machen.

Bereits beim Haushalt 2025 hatte ich Prioritäten gesetzt und zum Beispiel die Aufwendungen für die Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens deutlich reduziert. Die Sorge, dass das Budget dann nicht ausreicht, hat sich - wie erwartet - nicht bestätigt. Gleiches gilt für die Mittelfristige Investitionsplanung. Auch dort hatte ich zahlreiche Maßnahmen nochmal auf den Prüfstand gestellt und auf das erforderliche Maß reduziert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, kurzum: Es macht weiterhin keinen Sinn, Maßnahmen einzuplanen, die wir personell nicht schultern können und zu deren Finanzierung Darlehen eingeplant werden müssen, die dann so nicht benötigt werden.

Haben wir in den zurückliegenden Jahren unser Personal kontinuierlich verstärkt, um das mehr an Aufgaben bewältigen zu können, müssen wir uns ehrlich machen und sagen, dass das eine oder andere künftig nicht mehr gehen wird. Und genau das habe ich gemacht.

Wir können doch nicht allen Ernstes behaupten, dass wir unseren Haushalt nachhaltig konsolidieren müssen und halten dann weiterhin unverändert an gewohnten Standards fest.

Mehr noch, wenn wir uns ehrlich machen, stellen wir fest, dass wir auch in der jüngeren Vergangenheit sogar unsere Leistungspalette weiter ausgebaut haben. Dass dies mit mehr Personal einhergeht, muss jedem einleuchten. Damit muss ohne eine auskömmliche Finanzierung Schluss sein. Zusätzliche Leistungen beschließen und gleichzeitig

den Haushalt konsolidieren und auch noch Schulden abbauen, ist schlicht und ergreifend „Wünsch-dir-was-Politik“.

Um den nahezu in allen Bereichen der Verwaltung stetig wachsenden Anforderungen gerecht zu werden, wurden für den Stellenplan 20 Anträge mit 12,27 Vollzeitäquivalenten gestellt. In der kürzlich im Personalausschuss geführten Diskussion habe ich deutlich gemacht, dass wir nur 2,62 zusätzliche Stellen in den Stellenplan 2026 aufnehmen werden und dafür auch Abstriche an unserem Leistungsangebot in Kauf nehmen. Ich bin froh, dass dies auf fruchtbaren Boden gefallen ist und hoffe, dass Sie auch bei den Haushaltsberatungen das Große und Ganze im Blick behalten werden.

Dieser Paradigmenwechsel betrifft aber nicht nur die Haushaltsberatung, sondern muss auch in die tagtägliche Arbeit Einzug halten. Wir müssen viel mehr bei den unterjährigen Beschlussfassungen unterscheiden, was wir uns noch leisten können und auf was wir am Ehesten verzichten können. Tun wir das ernsthaft, fangen wir an zu priorisieren. Das wird uns allen nicht leichtfallen. Aber nur so kommen wir voran und können uns unsere Selbstständigkeit bewahren. Die Alternative lautet: Auflagen vom Regierungspräsidium, die ans Eingemachte gehen werden - bis hin zur Versagung der Genehmigung des Haushalts.

So darf es auch niemanden verwundern, dass zu Beginn der Haushaltsplanung allen Budgetverantwortlichen aufgegeben wurde, über alle Produktbereiche hinweg die Aufwendungen um 10 Prozent zu reduzieren. Da das Ergebnis leider nicht zufriedenstellend ausfiel, habe ich noch einige Runden mit unserer Stadtkämmerei gedreht, um Ihnen heute einen Haushaltsplanentwurf vorlegen zu können, der weitere Einsparungen von fast 2,5 Mio. Euro enthält.

Damit ist noch nicht das Ende der Fahnenstange erreicht, gleichwohl ein Anfang gemacht. Wir werden Ihnen am 17. Dezember 2025 in einem vertraulichen Format aufzeigen, wo wir zusätzlich den Rotstift angesetzt haben, um einen genehmigungsfähigen Haushalt – auch im Kontext der mittelfristigen Finanzplanung – vorzulegen. Wollen Sie diese Einsparungen nicht, müssen die entsprechenden Mehraufwendungen wieder in den Haushalt hineinbeschlossen werden, mit der Gefahr der Nichtgenehmigung.

Wie zuletzt haben wir auch im nächsten Haushaltsjahr einen globalen Minderaufwand veranschlagt. Mit 1,8 Mio. Euro haben wir das rechtlich Mögliche ausgeschöpft. Dass dies eines zusätzlichen, besonderen Kraftaktes bedarf, sollte ebenfalls jedem klar sein.

Angesichts des Ernstes unserer Lage habe ich die Verwaltung zusätzlich noch einmal aufgefordert, unserer Stadtkämmerei weitere Konsolidierungsvorschläge zu unterbreiten. Diese werden ebenfalls am 17. Dezember 2025 vorgestellt, sind aber zahlenmäßig noch nicht im Haushaltsplanentwurf 2026 abgebildet.

Wir müssen davon ausgehen, dass sich die Kommunalfinanzen nicht so schnell erholen werden – und schon gar nicht in absehbarer Zeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie es mich vielleicht einmal so erklären:

In dem Wissen um die schwierigen Rahmenbedingungen und die hohe Wahrscheinlichkeit, dass sich diese nicht so schnell ändern werden, haben wir begonnen, den Bremsvorgang einzuleiten. In dem gleichzeitigen Wissen, dass in diesem Kontext

schnell Strukturen unwiederbringlich zerstört werden könnten, entspricht diese Bremsung keineswegs einer Vollbremsung - auch wenn ich diese für die Zukunft nicht ausschließen kann. Das heißt, wir sind gut beraten, den eingeleiteten Konsolidierungskurs weiter fortzufahren - immer in der Hoffnung, dass die besagte Vollbremsung nicht nötig wird...

Bei der Frage, was wir uns künftig noch leisten können, komme ich unweigerlich zu unserem Flächenangebot für Gewerbebetriebe. Denn ohne höhere Erträge werden wir den Haushalt langfristig nicht in den Griff bekommen. Eine weitere Haushaltskonsolidierungsmaßnahme, die auch schon im Haushaltsplanentwurf veranschlagt ist, will ich heute ebenfalls bereits ansprechen.

Um im Ergebnis den Verzicht auf Leistungen für unsere Bürgerschaft akzeptabler gestalten zu können, müssen wir unsere Steuern auf breiter Basis erhöhen. Ich schlage Ihnen daher vor, den Hebesatz bei der Grundsteuer B zu erhöhen. Ich werde Ihnen noch vor der Beschlussfassung des Haushalts im Februar nächsten Jahres eine entsprechende Drucksache vorlegen. Dann kennen wir auch den Hebesatz, der uns zusätzlich Erträge von 300.000 Euro pro Jahr bringen soll.

Das Aufkommen der Grundsteuer ist sehr zuverlässig und gut prognostizierbar. Die Höhe der Grundsteuer korreliert stark mit dem Einkommen und verursacht dadurch eine sozial ausgewogene Belastung. Zudem trifft die Grundsteuer die meisten Bürger. Eine Erhöhung der Grundsteuer rückt daher den Zusammenhang zwischen städtischen Leistungen und ihren Kosten deutlich ins Bewusstsein.

Von einer Erhöhung des Hebesatzes bei der Gewerbesteuer sehen wir ab. Ich würde nicht die Wahrheit sagen, wenn ich behauptete, der Stadtkämmerer und ich hätten darüber nicht ebenfalls nachgedacht. Auch wenn wir eine Erhöhung dieser wichtigen städtischen Einnahme gut vertragen könnten, wissen wir um die Konkurrenzsituation bei den Unternehmen. Generieren wir durch eine Erhöhung kurzfristig zusätzliche Einnahmen, könnten wir damit jedoch mittelfristig für den Wohnungs- und Wirtschaftsstandort Weinheim negative Auswirkungen entfachen. Eine wesentliche Grundlage für gesunde Kommunalfinanzen sind gesunde Unternehmen. Verlässlichkeit sollte daher Vorrang vor kurzfristigen Einnahmenerhöhungen haben.

Allerdings hätte ich nichts dagegen, wenn der Bund und die Länder - als Teil der Verbesserung der Kommunalfinanzen - zukünftig auf die Gewerbesteuerumlage verzichtet würden, zumal sie die Begründung der Gewerbesteuer als Äquivalent für kommunale Infrastrukturleistungen fragwürdig macht und die Finanzautonomie der Kommunen erheblich schmälert. Damit Sie eine Vorstellung von der Dimension bekommen: Die Gewerbesteuerumlage ist abhängig von der vereinnahmten Gewerbesteuer eines jeden Jahres und ist für das Jahr 2026 mit rund 4,2 Millionen Euro veranschlagt, die dann direkt an den Bund und das Land gehen.

Im Gegensatz zu den letzten Haushaltsreden verzichte ich heute auf längere Ausführungen zum Konnexitätsprinzip. Wie Sie sicherlich schon gemerkt haben, schwöre ich uns gerade darauf ein, dass auch wir unsere Hausaufgaben zu machen haben, um zumindest das zu beeinflussen, was wir unmittelbar beeinflussen können.

Wenn die Einnahmen nicht mindestens im gleichen Maß steigen wie die Ausgaben, sprechen wir immer von einem Einnahmeproblem. Auch wenn diese Aussage durchaus nach wie vor nicht gänzlich falsch ist, gehört zur Wahrheit aber auch, dass wir zumindest auf längere Sicht dann letztendlich auch ein Ausgabeproblem haben. Sprudeln die Steuern nicht im erforderlichen Maß, müssen wir zwangsläufig an der Schraube der Ausgaben drehen...

Gleichwohl begrüße ich nach wie vor Förderprogramme – auch wenn nicht für alles und jeden. Für kurzfristige Impulse mögen sie geeignet sein, langfristige Aufgabenerledigung ist für die Kommunen damit schwer bzw. kaum planbar. Was wir brauchen, ist eine auf Dauer angelegte, verlässliche, kommunalfreundliche Finanzierungspolitik, die die Finanzströme dauerhaft für die Kommunen sichert und anstelle einer Vielzahl von befristeten Einzelprogrammen wirkt.

Wenn der Gemeindetagspräsident Steffen Jäger zuletzt fordert, dass Kommunen für die Finanzierung der staatlichen Aufgaben einen deutlich höheren Anteil etwa an der Umsatzsteuer oder Einkommensteuer erhalten sollten, stimme ich ihm daher ausdrücklich zu. Denn die meisten Aufgaben werden in Berlin und Stuttgart beschlossen, jedoch bei uns vor Ort in den Kommunen umgesetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen hoffentlich verdeutlichen können, dass wir uns bis auf Weiteres keine großen Sprünge mehr leisten können. Daher verwundert es auch nicht, dass ich keine Ausführungen zu neuen großen Investitionsvorhaben mache. Keine Sorge – wir legen damit – wie bereits erwähnt – bei weitem keine Vollbremsung hin. Wir haben immer noch genügend Maßnahmen am Laufen und auch neue geplant. Woher sollten sonst die hohen Kreditaufnahmen kommen, die wir für die nächsten Jahre einplanen müssen.

Auch wenn unsere Schatulle mit rund 47 Mio. Euro noch gut gefüllt ist, benötigen wir im Finanzplanungszeitraum ordentlich Kredite. Allein für das Jahr 2026 ergibt sich ein Finanzierungsmittelbedarf von sage und schreibe fast 31 Mio. Euro. Dank unserer hohen Liquidität benötigen wir zur Finanzierung noch keine Kredite. Das ändert sich dann jedoch in den Folgejahren signifikant. Für den gesamten Finanzplanungszeitraum müssen wir zur Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität 24 Mio. Euro für Kreditaufnahmen einplanen.

Ich erinnere an dieser Stelle erneut an die Verkaufserlöse in unserer Mittelfristigen Investitionsplanung. Ohne diese Einnahmen würde unser Haushalt völlig anders aussehen. Schon allein ohne diese eine Position wäre es mehr als fraglich, ob unser Haushalt dann überhaupt genehmigungsfähig wäre.

Liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, ich komme zum Ende.

Der Haushalt ist für jede Verwaltung die Grundlage ihrer Arbeit. Insofern ist er nicht nur ein Finanzplan, sondern zugleich auch das Maßnahmenprogramm eines jeden Jahres, ergänzt um den Blick in die nähere Zukunft.

Ausgeführt wird diese Arbeit von den Beschäftigten. Was wir in den letzten Jahren von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verlangt haben, war viel, um nicht zu sagen sehr viel. Und wenn ich die Aufgaben sehe, die vor uns liegen, werden die Anforde-

rungen nicht abnehmen. Das bedeutet für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin erhebliche Belastungen. Ich danke allen in der Verwaltung und den städtischen Dienststellen, auch dem Personalrat dafür, dass diese gemeinsame Arbeit und damit auch die gemeinsamen Erfolge bisher möglich waren. Ohne ihr Engagement wären diese Erfolge nicht erreichbar gewesen.

An den Gemeinderat appelliere ich, die fortwährend geleistete gute Arbeit im Rathaus auch weiterhin Wert zu schätzen. Der Wettbewerb um gute Arbeitskräfte wird zunehmend härter. Wir müssen deshalb mehr als je zuvor unser gutes vorhandenes Personal halten und als fairer Arbeitgeber neues Personal für uns gewinnen.

Ich danke aber auch Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, unseren vier Ortsvorsteherinnen und ihren zwei männlichen Kollegen wie auch den Ortschaftsräten für die stets konstruktive Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Bei meinem Kollegen, Herrn Ersten Bürgermeister Andreas Buske, bedanke ich mich ebenfalls für das konstruktive Miteinander.

Ein Dank gilt an dieser Stelle auch unserem Kämmerer Herrn Soballa sowie dem Team der Abteilung Finanzen und Haushalt, angeführt von Frau Martens.

Meine Damen und Herren, die Menschen leben in den Städten und Gemeinden. Wir haben dafür zu sorgen, dass sich die Menschen in unserer Stadt wohl und sicher fühlen. Die Leistungspalette einer Stadtverwaltung ist entsprechend umfangreich. Dies alles kostet die Stadt Weinheim viele Millionen Euro und wird uns künftig noch zusätzliche Anstrengungen abverlangen. Zum Glück haben wir zahlreiche Menschen in unserer Stadt, die uns bei dieser Aufgabe unterstützen.

Mein besonderer Dank und unsere gemeinsame Anerkennung gelten allen, die den Haushalt mit uns leben und umsetzen: Den vielen ehrenamtlich Tätigen, unseren Kirchen, den Schulen und Vereinen, Institutionen und Organisationen, aber auch den vielen Menschen, die im ganz persönlichen, oft sogar Verborgenen tätig sind. Denn sie alle gewährleisten die soziale Qualität in unserer Stadt. Weinheimer Bürgersinn und Bürgerengagement machen unsere Kommune aus, das macht diese Stadt zur kommunalen Verantwortungsgemeinschaft. Diese weiter aufzubauen und zu stabilisieren, ist eine Zukunftsaufgabe. Lassen Sie bitte nicht locker, setzen Sie sich bitte weiterhin so engagiert für Weinheim ein, es wird sich auch künftig lohnen. Gemeinderat und Verwaltung werden sich auch weiterhin darum bemühen, möglichst gute Rahmenbedingungen für Ihr Engagement zu schaffen.

Vergessen Sie dabei alle bitte nicht, dass Einschnitte, egal wie weh sie wehtun, zwingend sind, auch wenn sie vielleicht noch immer nicht reichen.

Ich wünsche uns allen schon heute gute Haushaltsberatungen und gebe das Wort an unseren Kämmerer Herrn Soballa, der Ihnen nun die Zahlen des Entwurfs näher erläutern wird.